

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/39

Bonn, den 24. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Noch nicht unterschriftsreif

44

Zur internationalen Diskussion um den Atomsperrvertrag

2 - 2a

Verzerrte Wettbewerbslage

70

Bemerkungen zum neuen Film-Förderungsgesetz

Von Dr. Rolf Meinecke, MdB

3

Militärdienst und Volkswirtschaft

51

Anregungen zu einem aktuellen Thema

Von H. G. Ritzel

4 - 6

Das Gespräch des Tages und die Hintergründe

135

Atomforschung und Atomsperrvertrag

Noch nicht unterschriftsreif

Zur internationalen Diskussion um den Atomsperrvertrag

sp - In Genf tritt jetzt bei den Verhandlungen über den Atomsperrvertrag eine kleine Pause ein. Nach den ersten Darstellungen ihrer Absichten wollen Amerikaner und Sowjets nunmehr Überlegungen darüber anstellen, wie u.ä. die bisher bekanntgewordenen Bedenken der "Habenichtse" gegen den Vertrag ausgeräumt werden können. Ob das gelingt, ist schwer vorauszusagen. Zunächst wird es wohl aber darauf ankommen, die berechtigten Einwände von jenen lauthals vorgebrachten Kritiken zu trennen, die vielleicht ganz gut gemeint waren, aber nicht immer der Sache gedient haben dürften.

Die Russen lassen sich wie üblich kaum in die Karten sehen. Bei den Amerikanern ist das Bemühen deutlich spürbar, den Vertrag so unter Dach und Fach zu bringen, daß weder bei befreundeten Staaten noch bei den Neutralen der Eindruck entstehen kann, man wolle sie überfahren.

Aber unabhängig davon und auch unbeschadet der sicher nicht vorhandenen Absicht, jemanden zu verletzen, stellt sich nun doch etwas heraus, was vor kurzem noch nicht so klar überschaubar war: Amerikaner und Russen haben vor Beginn der Genfer Konferenz keineswegs - wie vielfach behauptet wurde - schon einen fertig ausgearbeiteten gemeinsamen Vertragsentwurf ohne Rücksicht auf die Bedenken anderer Staaten auf den Verhandlungstisch gelegt. Merkwürdig, wie zählebig manchmal eine Legende ist. Trotz aller Dementis von berufener Seite hatte sich das Gerücht vom fertigen sowjetisch-amerikanischen Vertragstext so in der internationalen Publizistik festgesetzt, daß alle Welt ihm, dem Gerücht, Glauben zu schenken schien. Die Tatsache, daß nunmehr erst in Genf entsprechende Annäherungsversuche zwischen Moskau und Washington eingeleitet wurden, ist unbestritten.

Auch ein anderes neues Element ist bereits nach den ersten Verhandlungsstunden in Genf zutage getreten: Die im Bannkreis Moskaus stehenden nichtnuklearen Staaten haben in bezug auf das Problem ihrer technologischen Entwicklung fast wörtlich die gleichen Bedenken angemeldet, wie jene Staaten, die man den westlichen Machtbereich zurechnet. Auch einige kommunistisch regierte Länder ließen erkennen, daß sie nur dann bereit seien, dem Vertrag ihre Zustimmung zu geben, wenn ihre industrielle Entwicklung dadurch nicht gehemmt wird. Natürlich geschah dies nicht so laut wie in den westlichen Staaten, in denen die Presse frei ist und infolgedessen ungehemmt ihrer Meinung Ausdruck geben kann. Aber bekanntgeworden sind die Einwände östlicher Staaten doch; sie spielen jetzt bei den bilateralen Gesprächen zwischen den Amerikanern und Russen fast die gleiche Rolle wie jene Einwände, die von westlichen Staaten erhoben wurden.

Dieser Umstand läßt hoffen, daß man bei der nächsten Verhandlungsrunde in Genf, die möglicherweise schon in der kommenden Woche beginnt, mit etwas mehr Umsicht an die Lösung jener Probleme herangehen wird, die vor Beginn der Konferenz noch nicht geklärt waren.

## Verzerrte Wettbewerbslage

### Bemerkungen zum neuen Film-Förderungsgesetz

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Die Debatte des Bundestages über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften einerseits und aktuelle Pressekommentare über ein neues Film-Förderungsgesetz andererseits geben Veranlassung, zu einigen kritischen Bemerkungen über die Situation der deutschen Filmwirtschaft und ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen befreundeten Staaten. Der EWG-Grundsatz der Wettbewerbsgleichheit der gleichen Chancen und der gleichen Startbedingungen wird hieszulande zumeist am Beispiel der Landwirtschaft kritisch diskutiert. Anlässlich der erneuten Versuche, die deutsche Filmwirtschaft durch Gründung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt institutionell und damit später auch moralisch wie wirtschaftlich zu stützen, ist es nicht uninteressant, zusammenfassend die Maßnahmen zu betrachten, welche andere europäische Länder ergriffen haben, um ihrer Filmproduktion günstige Wettbewerbschancen zu garantieren.

Dieser Blick auf die wesentlichen ausländischen Filmproduktionen, die auf dem deutschen Markt mit dem deutschen Film konkurrieren, ergibt, daß eine sehr verzerrte Wettbewerbslage zuungunsten des deutschen Films eingetreten ist! Im allgemeinen wird neben anderen Förderungsmaßnahmen überall ein bestimmter Prozentsatz der Filmtheaterereinnahmen der Produktion zugeführt.

Italien: die Beihilfen werden aus den Einnahmen der Vergnügungssteuer entnommen. Diese beträgt im Durchschnitt etwa 20 Prozent der Theaterereinspielergebnisse. Die Mittel werden automatisch vergeben. Der Produzent erhält aus dem Fonds zusätzlich zu seinem normalen Einspielergebnis 13 Prozent der Theaterereinspielergebnisse seines Filmes im Inland; Dadurch erhöht sich der normale Produzentenanteil von 18,5 Prozent der Theaterereinnahmen um 13 Prozent auf 31,5 Prozent. Daneben bestehen außerdem namhafte Qualitätsförderungsmaßnahmen. Die gesamte Filmbilanz ist in Italien am günstigsten!

Frankreich: Die Abgabe beträgt bis zu 10 Prozent der Theaterereinnahmen; die Mittel werden automatisch nach den Theaterereinspielergebnissen der Filme an die Produzenten verteilt, und zwar z. B. 13 Pro-

zent der Theatereinspielergebnisse jedes Films. Dadurch erhöht sich der normale Produzentenanteil von 16 Prozent der Theatererlöse um 13 Prozent auf 29 Prozent.

Großbritannien: Je nach der Höhe der Eintrittspreise erfolgt eine Abgabe zwischen 0,15 und 0,70 DM zur Aufbringung des englischen Filmförderungsfonds. Die Mittel werden nach dem Verhältnis der Inlandsverleiheinnahmen eines Films automatisch verteilt. Der Fonds beträgt über 40 Millionen DM im Jahr!

Spanien verfügt über ein umfassendes Förderungssystem. Bisweilen erfolgt eine Rückerstattung der Produktionskosten bis zu 40 Prozent!

In Dänemark beträgt die Abgabe 15 Prozent der Theatererlöse. Die Verteilung wird automatisch nach den Einspielergebnissen vorgenommen.

Schweden: Die Abgabe beträgt zehn Prozent auf die Theatererlöse. Die Vergabe erfolgt automatisch, darüber hinaus werden erhebliche Qualitätsprämien vergeben.

Im Rahmen einer solchen Betrachtung muß natürlich auch die Situation im anderen Teil Deutschlands berücksichtigt werden:

Etwa 18 bis 20 abendfüllende Spielfilme stellt die DEFA jährlich her, zusätzlich werden etwa 30 bis 40 Filme für das dortige Fernsehen produziert. Das gesamte Finanzierungsvolumen für die Spielfilme in Höhe von jährlich etwa 35 bis 40 Millionen Ostmark wird der DEFA zur Verfügung gestellt. Damit können die dortigen Regisseure ohne jedes Risiko produzieren. Welche Möglichkeiten sich somit für eine künstlerische Gestaltung ergeben, liegt auf der Hand. Zusätzlich steht der DEFA jährlich eine beträchtliche Summe für den Filmexport, die Filmwerbung und die Filmrepräsentanz im Ausland zur Verfügung.

Man mag nun darüber streiten, ob der Film als Mittel des geistigen und künstlerischen Ausdrucks wie auch als Massenunterhaltungsmittel noch eine gesellschaftspolitisch bedeutsame Stellung einnimmt. Man kann auch darüber diskutieren, ob dem Film die Rolle zukommt, unsere nationale Repräsentanz im Ausland zu dokumentieren. Verneint man diese Gesichtspunkte, so sollte man es ehrlich sagen. Bejaht man sie jedoch, so werden alle Beteiligten sich sehr rasch bemühen müssen. Wenn auch das neue Filmförderungsgesetz im Grunde genommen nur ein Wirtschaftsförderungsgesetz sein soll, so könnte es dennoch erhebliche kulturpolitische Impulse veranlassen.

## Militärdienst und Volkswirtschaft

---

Von H. G. Ritzel

Bundesregierung und Parlament nehmen die Aufgabe, das Defizit im Entwurf des Bundeshaushalts für 1967 zu beseitigen, sehr ernst. Sie verdienen dabei in jeder Hinsicht die Unterstützung unseres Volkes. Die Sparmaßnahmen des Finanzminister Franz Josef Strauß und die wirtschaftlichen Vorstellungen des neuen Wirtschaftsministers Professor Dr. Schiller gehen von dem ernstesten Willen aus, dem Volk zu dienen und ihm eine bessere Zukunft zu sichern. Hierbei sollten auch alle Möglichkeiten der Einsparung und der vernünftigen Gestaltung militärischer Notwendigkeiten mit den Erfordernissen der Volkswirtschaft geprüft und in Einklang gebracht werden. Dabei darf es keinem Zweifel unterliegen, daß die Bundeswehr das haben muß, was sie zur Meisterung ihrer Aufgabe benötigt. Aber ebensowenig darf es zweifelhaft sein, daß das, was nicht unbedingt notwendig ist, was nicht unbedingt gebraucht wird, dem Ausgleich des Fehlbetrags im Bundeshaushalt dienen muß.

Damit stellt sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus die Frage, ob der heutige Aufbau des Dienstes in der deutschen Bundeswehr den Notwendigkeiten entspricht, die vom militärischen Standpunkt aus geltend gemacht werden müssen und es stellt sich weiter die Frage, ob nicht nur aus finanzpolitischen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen Möglichkeiten gegeben sind, die Einsparungen erlauben. Solche Einsparungen müssen nicht nur in eingesparten Millionen in Erscheinung treten, sie können auch wirksam werden, wenn die Verwendung der Arbeitskraft, soweit sie zur Zeit für den Militärdienst absorbiert wird, einer besseren Verwendung dienstbar gemacht werden kann, die ein Plus für unsere Volkswirtschaft ergibt.

Heute verlangt die Bundesrepublik von ihren jungen Staatsbürgern die Erfüllung einer Dienstpflicht von 18 Monaten. Die Grundausbildung ist relativ rasch beendet. Die Frage ist berechtigt, ob nach der Beendigung der Grundausbildung die Arbeitskraft des ausgebildeten jungen Soldaten noch weiterhin der Volkswirtschaft vorenthalten werden muß. Für Berufssoldaten ist der Militärdienst eine Lebensaufgabe, für Zivilisten ist er es nicht. Je länger die Dienstverpflichtung im Rahmen der Bundeswehr dauert, desto höher sind die Kosten, die die Wirtschaft, also der Steuerzahler, für die Bundeswehr aufzubringen hat. Gerade weil die Bundeswehr eine hochqualifizierte Truppe sein soll und weil ihr alle technischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Lösung ihrer Aufgabe als Verteidigung der Bundesrepublik gewährt werden müssen, sollte ernsthaft und mit dem Blick auf andere Länder geprüft werden, ob eine Dienstzeit von 18 Monaten wirklich unumgänglich notwendig ist.

Es ist doch nicht zu bezweifeln, daß durch die Ableistung der 18 Monate Militärdienstpflicht auf jeden Fall wichtige volkswirtschaftliche Werte verloren gehen. Wenn eine so lange Dienstzeit unumgänglich notwendig ist, muß das Opfer gebracht werden, aber wenn eine Verkürzung möglich ist, bedeutet dies einen Gewinn für jeden einzelnen der Militärdienstpflichtigen und für unsere Volkswirtschaft. Ich meine also, daß man die Rangordnung Militärdienst und Volkswirtschaft neu überprüfen muß, daß man auch überprüfen muß, in wöchem Ausmaß eine etwaige Reduzierung der Militärdienstzeit zu einer Verringerung der Milliardenaufwendungen zugunsten der Bundeswehr zu führen vermag. Schließlich muß man auch überprüfen, was der Bundeswehr durch eine Verringerung der Militärdienstzeit an technischen Möglichkeiten mehr zugewendet werden kann, als es heute der Fall ist.

## Das Gespräch des Tages und die Hintergründe

### Atomforschung und Atomsperrvertrag

K.M. - Wir alle wissen: Die erste Atombombe fiel auf Hiroshima (6. August 1945), die zweite - drei Tage später - auf Nagasaki. Später haben wir erfahren, daß eine dritte Bombe nicht da war, jedenfalls nicht auf Lager. Zum Glück für alle Beteiligten war sie auch nicht mehr nötig.

Was wir nicht alle wissen: Die erste Bombe enthielt als Sprengstoff Uran, die zweite enthielt als Sprengstoff Plutonium

Das wird hier festgestellt, nicht Geschichte zu treiben sondern um zu demonstrieren, daß einer, der den Sprengstoff Uran entwickelt; zwangsläufig auch den Sprengstoff Plutonium erzeugt, ja erzeugen muß. Und das wiederum muß gesagt werden um die physikalisch-technologischen Hintergründe zu erklären, vor denen sich das große, weltweite Gespräch dieser Tage - um den Atomsperrvertrag - vollzieht. Es ist das Schicksal der Welt, vor allem aber der Politiker, sich mit Dingen beschäftigen zu müssen, die im Grunde nur von wenigen Spezialisten wirklich beherrscht werden.

Wir müssen beim Uran anfangen. Das ist ein Erz und kommt in der Natur vor. Man könnte sagen, es sei ein Erz wie andere Erze, wenn... ja wenn da nicht ein kleines Geheimnis wäre, das inzwischen aufgehört hat, Geheimnis zu sein. Ein Teil dieses Erzes, weniger als ein Hundertstel (genau gesagt 0,7 Prozent), ist radioaktiv. Es ist das, was der Chemiker das "Isotop U 235" nennt. Das andere, die Masse des Erzes, das stabile Uran, ist "U 238".

Aber auf die Minorität des U 235 kommt es an. Es gibt, indem es strahlt, die Neutronen her, die die Kettenreaktion betreiben. - sei es im gesteuerten Prozeß des Reaktors, sei es bei der Explosion.

Es ist möglich, das U 235 vom U 238 zu trennen. Es gibt sogar mehrere Methoden. Eine ist so kostspielig und umständlich wie die andere. (Um einen Begriff von der Größenordnung zu geben: das große amerikanische Werk Oak Ridge, das schon während des Krieges - nämlich auf dem Weg über die Gasdifffusion - das eine vom anderen trennte, hatte einen Elektrizitätsverbrauch wie die ganze Bundesrepublik).

### "Angereichertes" Uran

Wenn es gelingt, den U-235-Gehalt im Uran zu erhöhen, bekommt man das, was als "angereichertes Uran" bezeichnet wird. Mit angereichertem Uran werden Reaktoren betrieben, - zur Gewinnung von Energie oder zur Gewinnung radioaktiver Isotope, ohne die heutzutage weder die medizinischen noch die biologischen Wissenschaften vorstellbar wären.

Das U 238, das also die große Masse des Urans darstellt und mit in den Reaktor hineingeschoben wird, ist dem Strahlungsprozeß ausgesetzt, der ständig im Reaktorkern stattfindet. Die Atome fangen sich einzeln je eins der dort herumvagierenden Neutronen ein. Auch das ist eine Art Anreicherungsprozeß, freilich mit dem Unterschied, daß sich hier jedes einzelne Atom gewissermaßen "für die eigene Person" anreichert. Aus dem Uran-Atom wird ein Neptunium-Atom und schließlich

ein Plutonium-Atom. Weder Neptunium noch Plutonium kommen in der Natur vor. Es sind künstlich hergestellte Elemente, Transurane genannt. Plutonium ist eine strahlende Substanz und gefährlich. Die Behandlung findet daher hinter meterdicken Betonwänden statt, - mit den bekannten künstlichen Händen.

Das Plutonium ist im Effekt dem U 235 zu vergleichen. Man kann damit Reaktoren betreiben und - Nagasaki hat es gezeigt - Bomben zur Explosion bringen.

Una genau das ist der Punkt, der eine der deutschen Sorgen ausgelöst hat. Ist Plutonium ein militärischer Stoff? Könnte also eine östliche Kontrollstelle, die etwa durch den Sperrvertrag der Nuklear-Mächte geschaffen würde, gegen die Plutoniumgewinnung einschreiten? Könnte sie die Beschlagnahme verfügen?

Das sind keineswegs Dinge, die wir uns aus den Fingern gezogen haben. Wir haben es erlebt. Hier ist der Platz, an den Physiker Dr. Klaus Fuchs zu erinnern, der sich einmal den Titel "folgeschwerster Verräter der Weltgeschichte" verdient hat. Klaus Fuchs veröffentlichte Mitte September 1965 im "Neuen Deutschland" einen Artikel, in dem behauptet wurde, die Bundesrepublik stelle im Forschungszentrum Karlsruhe Plutonium für militärische Zwecke her!

Aus einer Gegenerklärung unseres Forschungs-Ministeriums: In jedem Reaktor der Welt, auch in denen der Zone, wo Herr Dr. Fuchs arbeitet, entsteht Plutonium. Im Übrigen, so wurde weiter gesagt, stehe das Zentrum Karlsruhe jedem Besucher offen, auch denen aus dem Ostblock, besonders denen aus der Zone. Jad Eurotom ergänzte diese Erklärung durch die Mitteilung: es gäbe in Karlsruhe schon lange eine genaue strenge Euratom-Kontrolle.

#### Vorräte nicht unbegrenzt

Es kommen andere Überlegungen hinzu. In den Kriegsjahren, als die USA die wissenschaftlichen und technologischen Voraussetzungen des Atom-Wesens entwickelten, bestens unterstützt von hochqualifizierten deutschen Wissenschaftlern, die durch Hitlers Rassengesetzgebung aus ihrem Vaterland herausgegrault worden waren (toller Fall von Ironie der Weltgeschichte!). In Zeiten also, wo es um Leben und Tod geht, da spielen einige Millionen mehr oder weniger oder rein rationale Überlegungen nicht die entscheidende Rolle. Aber das ist anders geworden, und zwar in dem Maße, wie die Dinge sich wieder normalisierten. Wir wissen, daß die Vorräte an Uran, Thorium usw. nicht unbegrenzt sind. Es waren denn auch solche und andere Überlegungen, die die Reaktor-Industrie in aller Welt veranlaßten, sich für die "Schnellen Brüter" zu interessieren. Das ist ein Reaktor-Typ, der nicht nur Energie erzeugt, besonders billige Energie sogar, sondern der auch - faszinierende Vorstellung! - mehr Brennstoffe erzeugt, als er verbraucht. Auf dem Weg, den wir kennen: indem Uran 238 in Plutonium verwandelt wird.

Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion, - sie alle sind im Begriff, Schnelle Brüter zu entwickeln. Frankreich hat in Cadarache den Schnellen Brüter Masurca aufgebaut, die Bundesrepublik betreibt in Karlsruhe den Reaktor SNEAK (Schnelle Null-Energie-Anordnung Karlsruhe). Beide wurden am 5. Dezember 1966

kritisch. Beide gehören ins Programm der Euratom.

Professor Häfele, zuständig für das Brüter-Programm Karlsruhe sprach von einer "vorrangigen nationalen Aufgabe" und kündigte für Anfang 1969 den Abschluß des Forschungsprogramms an. In den siebziger Jahren hofft die deutsche Industrie mit ihren Reaktoren in den Export zu gehen. Sie hat in den letzten zehn Jahren schwer gearbeitet. Sie hat mit eigenen Teams eigene Typen geschaffen. Sie hat das Atomforum ausgebaut, das als Repräsentant dieser Industrie vor der Tür des Bundeshauses steht.

Im Hinblick auf diese Dinge, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Notwendigkeit dem auswärtigen Käufer eines Reaktors wenigstens die Erstausrüstung an Brennstoffen mitzuliefern, hat das Wissenschafts-Ministerium gerade in den letzten Wochen seine Bemühungen zur Beschaffung von Brennstoffen im eigenen Land, oder im Ausland, etwa in Kanada, vermehrt. Stoltenbergs Vorgänger wird sich erinnern, daß es die Sozialdemokraten waren, die ihn bei vor-ausgreifenden Planungen dieser Art besser unterstützten als die eigenen Parteifreunde.

#### Keine unnötige Nervosität

Die Parteien der Großen Koalition stimmen überein, im großen und ganzen wenigstens. Dazu hat beigetragen, daß Willy Brandt auch vor den Interessenten der CDU-Fraktion detaillierte Ausführungen machte: Keine unnötige Nervosität! Denn der Vertrag ist noch weit davon entfernt, völlig konzipiert oder gar formuliert zu sein. Keine Weinsagererei um jeden Preis! Denn der Vertrag kann möglicherweise zu einem Instrument der Entspannung und Friedenssicherung gemacht werden. Keine unnötige Angst! Denn der Vertrag darf und wird keine vitalen deutschen Interessen verletzen.

Im übrigen sollte nicht ganz übersehen werden, daß die Bundesrepublik schon heute einer ganzen Reihe von Kontrollen unterworfen ist. Die schärfsten Überwachungsvorschriften geb sie sich selbst - mit ihrer Strahlenschutzverordnung. Ferner kontrolliert Euratom und schließlich kontrolliert die Wiener Zentralbehörde (IAEO) der Vereinten Nationen.

"Wir können einschreiten", sagte Mister McKnight, der australische Chef der internationalen Atomüberwachung, die über vierzehn Inspektoren aus elf Ländern verfügt, "wenn ein Land dieses Plutonium für militärische Zwecke verwendet. Der Sinn unserer Kontrolle besteht darin, zu verhindern, daß etwas abgezweigt wird. Glücklicherweise hat es bisher keinen Präzedenzfall gegeben. Sollte Plutonium plötzlich verschwinden, würden es die Inspektoren bemerken".